



Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie
8058 Zürich-Flughafen

Per E-Mail an: stab@meteoschweiz.ch

9. August 2018

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Änderung der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie (MetV)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den Erläuternden Bericht zur Änderung der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie (MetV) und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Allgemeine Beurteilung

Die Grünliberalen setzen sich dafür ein, dass Daten der öffentlichen Hand wenn immer möglich im Sinne von Open Government Data (OGD) kostenlos, aktuell und unbürokratisch für die Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Ein wichtiger Anwendungsfall sind die meteorologischen Daten und Informationen, die beim Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz) verfügbar sind. Die Grünliberalen fordern, dass für sämtliche von MeteoSchweiz im Rahmen des Grundangebots bereitgestellte Daten und Informationen die erwähnten OGD-Grundsätze gelten. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf die Motion 16.4147 von Nationalrat Jürg Grossen „MeteoSchweiz. Konzentration auf Kernaufgaben. Service public stärken“, die noch nicht im Rat behandelt wurde.

Die Vorlage bleibt klar hinter dieser Forderung zurück, geht jedoch immerhin in die richtige Richtung. So soll etwa der Zuschlag zur Grundgebühr im Falle einer gewerblichen Nutzung von 200% auf 100% gesenkt werden. MeteoSchweiz schätzt, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Daten, Informationen sowie Bereitstellungsgebühren von jährlich 3 Millionen Franken (Stand 2016) aufgrund der Revision um 1.6 Millionen Franken zurückgehen werden. Der grösste Teil davon (1.4 Mio.) sei durch die Reduktion auf den Datenkosten bedingt (Erläuternder Bericht, Ziff. 4). Das ist zu begrüssen, genügt aber nicht. Selbst im Erläuternden Bericht wird auf die Entwicklung hin zu einer kompletten Datenliberalisierung in den umliegenden Ländern hingewiesen (Erläuternder Bericht, Ziff. 4).

Bei dieser Gelegenheit erneuern die Grünliberalen zudem ihre Forderung, dass sich MeteoSchweiz in Zukunft auf Leistungen im Rahmen des Grundangebots beschränken und keine kommerziellen Dienstleistungen erbringen soll (siehe Punkt 2 der erwähnten Motion 16.4147). Kommerzielle Tätigkeiten eines Bundesamtes oder staatseigenen Betriebs, welche die privaten Marktteilnehmer konkurrenzieren, verhindern ein fruchtbares Zusammenspiel von Behörden und Wirtschaft und bergen finanzpolitische Risiken. Wenn sich MeteoSchweiz auf die Kernaufgaben konzentriert und einen offenen Informationsaustausch anbietet, verbessert das die Rahmenbedingungen für private Anbieter, die mit diesen Daten eigene Dienstleistungen anbieten, was letztlich der Allgemeinheit zugutekommt.

Die Grünliberalen sind nur teilweise mit der Vorlage einverstanden. Sie begrüßen, dass die Gebühren zur Nutzung von meteorologischen Daten und Informationen gesenkt werden sollen, doch genügt das noch nicht. Sämtliche von MeteoSchweiz im Rahmen des Grundangebots bereitgestellte Daten und Informationen sind im Sinne der Grundsätze von Open Government Data (OGD) kostenlos, aktuell und unbürokratisch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen (siehe 16.4147 Motion Grossen Jürg).

Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Art. 4 und 5:

Die Schweiz leistet gestützt auf zwei Beschlüsse des Bundesrates Beiträge an das globale Klimabeobachtungssystem (GCOS) sowie an das Global Atmosphere Watch-Programm (GAW) der Weltorganisation für Meteorologie. Die Grünliberalen begrüßen, dass diese Beschlüsse ins ordentliche Verordnungsrecht überführt werden sollen. Die Schweiz hat sich im Rahmen der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls verpflichtet, die systematische Klimabeobachtung zu schützen und ihre Weiterentwicklung zu fördern. Das Gleiche gilt für das Klimaabkommen von Paris.

Die Schweiz soll sich auch an künftigen Entwicklungen der modernen Messsysteme auf internationaler Ebene engagieren. Daher würden es die Grünliberalen begrüßen, wenn sich die Schweiz am Programm „Copernicus“ der Europäischen Union beteiligen würde, das wichtige Daten für die globale Umweltbeobachtung liefert.

Die Grünliberalen begrüßen, dass die Beiträge der Schweiz an verschiedene internationale Klima- und Atmosphärenbeobachtungsprogramme ins ordentliche Verordnungsrecht überführt werden sollen. Darüber hinaus sollte sich die Schweiz auch am Erdbeobachtungsprogramm „Copernicus“ der Europäischen Union beteiligen.

Art. 22:

Der Zuschlag zur Grundgebühr im Falle einer gewerblichen Nutzung soll von 200% auf 100% gesenkt werden, was ein Schritt in die richtige Richtung ist, aber nicht genügt. Es wird auf die vorstehende allgemeine Beurteilung der Vorlage verwiesen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Kommissionsmitglied, Nationalrat Martin Bäumle, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion